

«Gegenüber der Regierung ist der Landtag stark im Hintertreffen»

Interview Die Traktandenfülle im Parlament hat zugenommen, die Vorlagen werden zunehmend komplexer: Diesem Umstand möchte Landtagspräsident Albert Frick Rechnung tragen und das Parlament stärken. So sollen die Abgeordneten sozialversichert werden und die Fraktionen mehr Unterstützung bekommen. Auch sonst sieht Frick noch viele Baustellen.

VON DORIS QUADERER

«Volksblatt»: Nach der Sanierungsphase geht es in dieser Legislaturperiode darum, die Zukunft des Landes zu gestalten. So hat es zumindest kürzlich Regierungschef Adrian Hasler in einem Interview ausgedrückt. Welche Weichen müssen jetzt für die Zukunft gestellt werden und in welche Richtung?

Albert Frick: Grundsätzlich muss jetzt ein Paradigmenwechsel stattfinden. Die Jahre im Sparmodus müssen wir hinter uns lassen und in einen gestalterischen Modus übergehen. Da spreche ich nicht nur von der Regierung, sondern auch vom Landtag. Ein Thema, das momentan sicher im Vordergrund steht, ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier sollen individuelle Lösungen ermöglicht werden. Schliesslich investiert der Staat enorme Summen in die Ausbildung junger Frauen. Die Hälfte der Hochschulabsolventen ist mittlerweile weiblich. Es ist ein Verschleiss an Kapital und auch an Kompetenz, wenn man diesen Frauen nach der Mutterschaft nicht die Möglichkeit gibt, beruflich dranzubleiben. Frauen sollen sich ihren Kompetenzen entsprechend einbringen und verwirklichen können. Auf der anderen Seite soll es immer auch möglich bleiben, sich vollumfänglich der Familie zu widmen, wenn dies gewünscht wird.

Wo sollte die Politik Ihrer Meinung nach bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einhaken?
Ganz konkret: Es muss möglich werden, dass wir in den ersten Jahren eine bessere Unterstützung bei der Kinderbetreuung bieten, damit junge Familien sicher einen Betreuungsplatz ausser Haus haben. Meiner Meinung nach muss man junge Familien auch finanziell besser unterstützen, damit eine gewisse Wahlfreiheit gegeben ist. Diese muss so gestaltet sein, dass ein allfälliges Zweiteinkommen nicht gleich wieder durch Betreuungskosten dahinschmilzt. Aber auch die Wirtschaft ist gefordert. Es ist eine Aufgabe, welche nicht alleine über die Politik gelöst werden kann.

Gerade grosse Unternehmen haben in den letzten Jahren diesbezüglich markante Fortschritte gemacht, es gibt Vaterschaftsurlaube, die Möglichkeit Ferien dazuzukaufen, die Möglichkeit in Teilzeit oder teilweise von daheim aus zu arbeiten. Für kleine Unternehmen ist es jedoch schwierig, diese Flexibilität zu ermöglichen.
Die Regierung hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich genau mit diesen Fragen beschäftigt. Ich bin gespannt auf die Ergebnisse. Eine konkrete Massnahme, die ich befürworten würde, ist der Ausbau der Blockzeiten an Schulen. Es sollte an den Schulen gewährleistet sein, dass Kinder von halb acht Uhr morgens bis 12 Uhr betreut sind. Heute ist es ja so, dass Blockzeiten lediglich von 8 Uhr bis 11.30 Uhr gelten, das ist zu kurz, um einem Halbtagsjob nachzugehen.

Das würde Geld kosten und eine besser finanzielle Unterstützung der Familien auch.

Ja, darüber müssen wir diskutieren. Gesellschaftsminister Mauro Peggion hat bereits den Vorschlag gemacht, das Kindergeld zu erhöhen und auch den Bezug flexibler zu gestalten. So, dass Eltern beispielsweise in der Vorschulzeit, wenn die Betreuungskosten hoch sind, einen grösseren Anteil am Kindergeld beziehen können.

Wenn das Kindergeld erhöht werden sollte, dann würde die jüngst erneut aufgeflammete Diskussion um den Export von Kindergeld sicher nochmals verstärkt. Schliesslich käme eine Kindergelderhöhung derzeit in vollem Umfang auch den Grenzängern zugute. Es gibt Leute, die das Kindergeld gerne proportional zu den Lebenshaltungskosten auszahlen würden.

Ja, doch derzeit ist der Handlungsspielraum Liechtensteins in dieser Frage sehr klein. Da müssen wir schauen, was die EU macht. Interessanterweise ist es ja gerade Österreich, welches diesbezüglich Druck in Brüssel macht. Den Österreichern stösst es ja auch sauer auf, dass sie hohe Summen an Kindergeld in östliche Nachbarstaaten exportieren müssen, obwohl dort die Lebenshaltungskosten niedriger sind. Also, wenn Österreich uns diesbezüglich den Türöffner spielt, dann kann das uns recht sein. Wir könnten dann von dieser Vorarbeit profitieren. Allerdings glaube ich nicht daran, dass sich hier rasch etwas tun wird.

Was für Zukunftsthemen sehen Sie sonst noch neben Familie und Beruf?

Eine grosse Herausforderung ist sicher der ganze Bereich, welcher mit der fortschreitenden Digitalisierung zusammenhängt. Da ist die Regierung aktiv und das befürworte ich sehr. Denn die Welt verändert sich mit einer atemberaubenden Geschwindigkeit und da müssen wir alles daran setzen, dass wir vorne mitmischen können und nicht abgehängt werden. Der Staat kann hier auch gute Voraussetzungen schaffen, beispielsweise durch den Ausbau der Infrastruktur. Ich bin gespannt, was diesbezüglich im Regierungsprogramm stehen wird, welches ja in den nächsten Wochen vorgelegt werden muss.

Hier sprechen Sie von der digitalen Infrastruktur - wie sieht es denn aus mit der sonstigen Infrastruktur. Ich denke da an Themen wie Raumplanung, Verkehr und so weiter. Diesbezüglich steht wenig im Koalitionsvertrag.

Nun, das Verkehrsproblem müssen wir auch etwas relativ sehen. Wer schon mal zu Stosszeiten in einer Stadt unterwegs war, der sieht, dass bei uns die Problematik noch vergleichsweise klein ist. Aber wir haben ein paar Schwachstellen, beispielsweise die Zufahrt Vaduz, welche insbesondere am Morgen sehr mühsam ist oder im Unterland natürlich die Essanestrasse. Dort würde es uns natürlich helfen, wenn auf Schweizer Seite ein Kreisell gebaut würde, wir werden natürlich weiter versuchen, das voranzutreiben. Aber unsere Einflussmöglich-

keiten sind beschränkt. Das gilt leider auch bezüglich dem Stadtturnel Feldkirch.

Ein Bereich, welcher in die Hände des Koalitionspartners VU gewechselt hat, ist das Ressort Bildung. Wie schmerzlich war das für Sie? Sie waren ja früher Lehrer und Schulinspektor.

Ja, das Ressort hätte ich schon gerne in unserer Hand behalten, zumal es uns gelungen ist, Ruhe in ein jahrelanges Reformchaos zu bringen. Das hat sich sehr positiv ausgewirkt. Bildung ist für mich ein zentrales Thema. Sie ist die einzige Ressource, die wir haben, da sind sich alle Parteien einig. Es wird sich zeigen, wie gross die Bereitschaft ist, diese Ressource zu pflegen oder wie weit es nur Lippenbekenntnisse sind. Eine grosse Baustelle ist das Thema Lehrerlöhne. Das vor wenigen Jahren geschaffene neue System der Lehrbesoldung entpuppt sich entgegen allen Versprechungen als äusserst problematisch. Jüngere Lehrpersonen haben überhaupt keine Chance mehr, sich finanziell in die Richtung der älteren Lehrer zu entwickeln. Hier müssen wir unbedingt den Mechanismus ändern.

«Eine grosse Baustelle ist das Thema Lehrerlöhne.»

Heisst das, dass man die Lohnsumme für Lehrerlöhne erhöhen sollte? Es gibt heute Lehrpersonen, die sehr viel weniger verdienen, als sie vor 10 Jahren verdient hätten. Das war nie die Absicht des Gesetzgebers. Um Ungerechtigkeiten auszumergen, muss das System angepasst werden, auch wenn es etwas kostet. Es darf doch nicht sein, dass eine Lehrperson mit voller Berufserfahrung 20 000 Franken weniger verdient als die Lehrperson im Nebenzimmer, die den genau gleichen Job macht. Das ist frustrierend und schädigt unser Bildungswesen. Wir müssen uns bewusst sein, dass es im Lehrerberuf am meisten Aussteiger gibt und kaum Rückkehrer. Es gilt Sorge zu tragen, dass der Lehrerberuf für fähige Menschen attraktiv bleibt. Gute und motivierte Lehrpersonen sind der wirksamste Schlüssel zu guter Bildung. Da sind sich alle Experten einig.

«Das Schulamt hatte unter dem Spardruck der vergangenen vier Jahre mit am meisten zu leiden.»

Wie sieht es aus mit der Schulinfrastruktur - da gibt es auch immer wieder Forderungen von allen Seiten. Wie sehen Sie das?
Eigentlich hätte es dazu in den letzten vier Jahren einen Bericht geben sollen, doch aufgrund von Differenzen bezüglich der Zuständigkeiten von Infrastruktur und Bildungsministerium gab es Verzögerungen. Kurz vor Ende der Legislatur befand sich dieser Bericht aber im Endspurt. Allerdings ist durch rückläufige Schülerzahlen ein gewisser Baudruck weggefallen. Ein Thema wird sicher die Realschule St. Elisabeth werden. Das Gebäude ist sanierungsbedürftig. Da das Land dort eingemietet ist, wird über eine Sanierung oder über eine Stärkung des Standortmühlholz II zu entscheiden sein. Im Unterland ist es so, dass aufgrund der rückläufigen Schülerzahlen entschieden werden muss, ob ein zweiter Schulstandort überhaupt noch erforderlich ist.

Wenn man über das Thema Bildung spricht, dann hört man auch immer wieder die Kritik am Schulamt. Das sei überdimensioniert. Sie haben dort gearbeitet, wie sehen Sie das?
Nein, das Gegenteil ist der Fall. Dort sind die Ressourcen knapp. Das Amt hatte in den letzten vier Jahren unter dem Spardruck mit am meisten zu leiden. Es wurde Personal abgebaut. Das bedeutet auch, dass letztendlich bei der Leistung abgebaut wurde und das sehe ich kritisch.

Demographischer Wandel ist auch ein Dauerbrenner in der Politik. Braucht es bezüglich der Sozialwerke noch weitere Reformen?

Nun, ein Thema, welches sicher wieder zu reden geben wird, ist der Alterskapitalvorbezug bei den Pensionskassen. Hier müsste man meiner Meinung nach prüfen, ob nicht zumindest ein gewisser Teil des angesparten Kapitals als Rente bezogen werden muss, um die Zielsetzung der Altersvorsorge zu erfüllen. Schliesslich ist die Gefahr gross, dass man allfällige spätere Pflegekosten unterschätzt und dafür dann kein Geld mehr hat und der Staat einspringen muss.

Diesbezüglich war auch schon eine Pflegeversicherung in Diskussion. Das heisst, dass man vor dem Rententalter neben Pensionskasse auch Gelder in die Pflegeversicherung einzahlen würde, welche dann im Bedarfsfall einspringt. Würden Sie dieses System befürworten?
Ja, ich finde, das Thema soll man genauer anschauen.

Noch zum Landtag selber - in einem Interview haben Sie vor einem Jahr gesagt, dass Sie sich einen höheren Frauenanteil als die damals 20 Prozent wünschen. Jetzt haben wir noch 12 Prozent. Was müssen die Parteien tun, damit sich das ändert.

Die Parteien müssen sich der Frage stellen, wie sie in ihren eigenen Reihen Fortschritte erzielen können. Schaugefächte zulasten anderer sind der Sache nicht dienlich. Sie ermöglichen Jahren noch kaum Richterinnen, jetzt sind wir beim Landgericht bei rund 50 Prozent Frauen. Ein vergleichbares Bild zeigt sich bei den Botschaften. Auch bei Kommissionen achtet man darauf, wichtige Positionen mit Frauen zu besetzen. Was aber den Landtag betrifft, da liegt das Urteil bei den Wählern.

Dass der Frauenanteil derart zurückgegangen ist, ist für mich kaum mehr erklärbar, aber es ist der Ausdruck der Wähler.



Sie sagen, die Quote wäre das einzig nützliche Mittel, den Frauenanteil deutlich zu erhöhen. Sind Sie für eine Geschlechterquote?

Nun, ich glaube nicht, dass eine Geschlechterquote derzeit politisch durchsetzbar ist. Persönlich könnte ich es mir vorstellen, vorübergehend eine Geschlechterquote einzuführen. Dann sähe man auch die Qualitäten der Frauen. Ich stelle fest, dass Frauen und Männer nicht gleich funktionieren, sich aber sehr gut ergänzen. Ein reines Männerparlament ist nicht gut und ein reines Frauenparlament wäre es auch nicht. Aber ich begreife, dass dieser Ansatz vielen Leuten nicht passt, weil es einen Eingriff in die Wahlfreiheit darstellt. Wobei wir ja bereits jetzt gewisse Quoten kennen.

Die Wahlkreise beispielsweise - es müssen immer zehn Unterländer im Parlament vertreten sein.

Ja und ich finde das auch sinnvoll. Ich möchte die Wahlkreise nicht missen. Ich stelle nämlich fest, dass auch Unterländer und Oberländer unterschiedlich ticken. Denn wenn man sich die Abstimmungsergebnisse im Unterland anschaut, dann fallen die oft ziemlich anders aus, als jene im Oberland. Wir haben aber noch eine andere Quote. Durch das Proporzsystem kommen Personen in den Landtag, welche von bedeutend weniger Leuten gewählt worden sind, als andere.

«Ich begreife, dass eine Quote vielen Leuten nicht passt (...) Wobei wir ja bereits gewisse Quoten kennen.»

So erhielt z. B. ein Kandidat von der Freien Liste im Unterland knapp 900 Stimmen, er sitzt nun im Landtag, während ein Kandidat der FPB von mehr als doppelt so vielen Personen



Sowohl Frauen als auch Männer, als auch Unterländer und Oberländer ticken laut Landtagspräsident nicht gleich. Deshalb will er einerseits an den Wahlkreisen festhalten – andererseits wäre für ihn eine Geschlechterquote denkbar. (Foto: Paul Trummer)

gewünscht wurde, es aber aufgrund des Proporzsystems nicht in den Landtag geschafft hat.

Wie schätzen Sie den neu gewählten Landtag von den Kompetenzen her ein?

Da es von der Sitzverteilung her keine grossen Verschiebungen gegeben hat, denke ich, dass so weitergearbeitet werden kann wie bisher. Das Volk hat sich klar für Kontinuität ausgesprochen. Auch was die Kompetenzen der Abgeordneten betrifft, sehe ich keine grossen Veränderungen. Ich hätte mir allerdings etwas mehr Juristen gewünscht. Da zeigt sich auch, dass es für gewisse Berufsgruppen sehr schwierig geworden ist, ein Landtagsmandat wahrzunehmen.

Den Zeitaufwand haben Sie auch in Ihrer Rede zur Landtagsöffnung

MAI-LANDTAG

Im Mai-Landtag befassen sich die Abgeordneten unter anderem mit den Geschäftsberichten diverser öffentlich-rechtlicher Unternehmen, wie beispielsweise jenem des Landesspitals, der FMA oder des Liechtensteiner Rundfunks. Ausserdem liegt ein Verpflichtungskredit für das Forschungs- und Innovationszentrum RhySearch in Höhe von 3,7 Millionen Franken vor. Auch verschiedene Gesetze werden angepasst, so beispielsweise das Kommunikationsgesetz. Die Anpassungen dort haben zum Ziel, dass die Roaminggebühren innerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums abgeschafft werden. (dq)

angesprochen und angeregt, sich mit der fehlenden sozialen Absicherung der Abgeordneten zu befassen. Was schwebt Ihnen da vor?

Das Landtagspräsidium stellt im aktuellen Landtag den Antrag, eine Besondere Kommission einzusetzen, welche die Geschäftsordnung und das Bezügegesetz überprüft. Dabei geht es auch darum, zu prüfen, ob die Unterstützungsbeiträge an die Landtagsfraktionen noch angemessen sind. Im unmittelbaren Umfeld der Regierungsmitglieder wurden die Mitarbeiter vor Jahren stark aufgestockt, bei den Fraktionen hingegen ging nichts vorwärts. Gegenüber der Regierung ist das Parlament stark im Hintertreffen, was im Sinne der Gleichwertigkeit von Legislative und Exekutive unerwünscht ist. Bezüglich der Sozialversicherungen wurde auch Handlungsbedarf angemeldet. Ein Landtagsmandat könnte ein guter Teilzeitjob sein, derzeit ist man damit jedoch nicht sozialversichert, das könnte man verbessern. Ausserdem soll auch eine stärkere Einbindung der stellvertretenden Abgeordneten überprüft werden.

Wäre es eine Möglichkeit, die Anzahl der Abgeordneten zu reduzieren - beispielsweise wie früher auf 15? Dann könnte man die Abgeordneten besser bezahlen, was zu einer gewissen Professionalisierung des Parlaments führen würde.

Nein, eine Reduktion sehe ich nicht. Im internationalen Vergleich ist unser Parlament ja schon sehr klein - ein Kantonsparlament in der

Schweiz hat ja meist über 100 Leute. Der Landtag kostet derzeit gerade mal 0,4 Prozent des Jahresbudgets, das ist sehr bescheiden. Seit vier Parteien im Landtag sind und auch die grossen Fraktionen weniger Abgeordnete haben, muss die Arbeit

«Der Landtag kostet derzeit gerade mal 0,4 Prozent des Jahresbudgets, das ist sehr bescheiden.»

auf weniger Schultern verteilt werden, was für die einzelnen Fraktionsmitglieder zu einem Mehr-

aufwand führt. Zudem haben wir in den Koalitionsgesprächen festgehalten, dass wir bei einem Milizparlament bleiben wollen. Ich glaube daher nicht, dass eine Reduktion sinnvoll wäre.

Heute tagt der Landtag wieder nach einer sehr langen Pause. Anfang Dezember war die letzte Sitzung. Freuen Sie sich?

Ja, sehr. Die Zeit vor den Wahlen und dann auch die Verhandlungen des Koalitionsvertrags sind natürlich intensiv. Ich selbst bin schon seit einiger Zeit wieder voll im Betrieb und freue mich, dass es jetzt auch wieder mit den Landtagssitzungen losgeht. Wir stehen vor einer spannenden Legislaturperiode mit einigen aufwändigen Sonderanlässen: Dieses Jahr der Vorsitz in der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz, im nächsten Jahr Gastgeber der Konferenz der Europäischen Kleinstaaten und im Jahr danach Gastgeber der Konferenz der Parlamentspräsidenten der deutschsprachigen Länder. Und natürlich die Geburtstagsfeier «300 Jahre Fürstentum Liechtenstein». An Arbeit und Freude wird es nicht fehlen.